



STEFAN DIETL:
DIE AfD
UND DIE SOZIALE FRAGE
 ZWISCHEN
 MARKTRADIKALISMUS
 UND „VÖLKISCHEM
 ANTIKAPITALISMUS“

Unrast Verlag,
 Münster 2017

ISBN 978-3-89 771-238-6
 168 Seiten, 14,00 €

Stefan Dietl ist Gewerkschafter und hat das Buch auch vor allem für die Auseinandersetzung von Kolleginnen und Kollegen mit der AfD in Betrieb und Gewerkschaft geschrieben. Es soll einen „Beitrag zum Kampf gegen die Rechtsparterie und ihr menschenverachtendes Denken leisten“ (S. 8).

Dazu stellt der Autor zum einen Informationen über die AfD zur Verfügung: ihre Entstehungsgeschichte, ihre wesentlichen menschenfeindlichen Ideologieelemente und ihre sozialpolitische Ausrichtung. Es werden die neoliberalen und völkisch-nationalistischen Tendenzen im Grundsatzprogramm der Partei analysiert und gezeigt, wie diese Tendenzen in den beiden Parteiflügeln einen praktischen Ausdruck finden. Dietl geht auch auf mögliche Entwicklungsperspektiven der Partei ein. Nach seiner Einschätzung hat der marktradikale Flügel weiterhin die Oberhand: Das Grundsatzprogramm bleibt „eine neoliberale Kampfschrift, was die Kräfteverhältnisse innerhalb der AfD deutlich macht“ (S. 82f.). Lediglich in der Arbeitsmarktpolitik habe der völkisch-nationale Flügel gewissen Einfluss: Die Privatisierung der Arbeitslosenversicherung fand keine Mehrheit in der Partei. Allerdings stärkte sich gegenwärtig die Position des völkisch-nationalen Flügels, was sich u. a. in den Wahlprogrammen zeige, in denen Forderungen zu einem Mindestlohn und gegen den Missbrauch von Leih- und Zeitarbeit Eingang fanden. Das könne als Zugeständnis an die veränderte Wählerbasis gesehen werden, kann aber auch als Veränderung des Kräfteverhältnisses innerhalb der Partei interpretiert werden: als ein Machtzuwachs des Flügels, der die soziale und nationale Frage miteinander verknüpfen will.

Dietl hat dazu im ersten Teil seines Buches viele der vorliegenden Analysen und auch sehr viel aktuelles journalistisches Material zusammengestellt und daraus einen anschaulichen Text verfasst, der sich als wertvolle Grundlage für die politischen Auseinandersetzungen erweisen sollte. Auch Leserinnen und Leser, die sich schon länger mit der AfD beschäftigen, können von dieser Darstellung profitieren, weil sie auch weniger bekanntes – vor allem historisches – Hintergrundmaterial liefert. Mit der Krise des Neoliberalismus und Neokonservatismus werden Ursachen für die Entstehung der AfD benannt und auch deren Vorläufer analysiert (Kap. 1). Es wird der rassistische und antisemitische Kern der AfD herausgearbeitet (Kap. 2) und anhand des Grundsatzprogramms die sozialpolitische Programmatik der Partei auseinandergenommen (Kap. 3). Für die kundige Leserin und den kundigen Leser ist jedoch der zweite Teil des Buches spannender, denn da geht es um die Frage, in welche Richtung die AfD sich zukünftig entwickeln wird und wie eine Gegenmacht zu organisieren ist, die deren Bestrebungen stoppen kann.

Obwohl im Grundsatzprogramm der AfD die neoliberale Ausrichtung dominiert, die sich eindeutig gegen die Interessen von abhängig Beschäftigten richtet, hat sich die AfD – gemessen an der Verteilung ihrer Wählerschaft – in den letzten vier Jahren von einer „Professorenpartei“ mit

einer ähnlichen mittelständischen Wählerschaft wie der FDP zu einer Partei entwickelt, die in erheblichem Umfang Arbeitnehmerschichten für sich gewinnen kann (Kap. 4). In dem spannenden fünften Kapitel diskutiert Dietl diese paradoxe Entwicklung und macht sich für die These stark, dass die AfD „trotz oder vielmehr wegen ihrer marktfundamentalistischen Positionen gewählt“ (S. 101) wird. Er geht davon aus, dass die AfD mit ihrer neoliberalen Programmatik in „Teilen der Arbeiterschaft“ erfolgreich ist und verweist dabei auf Frankreich und Österreich, wo der Front National und die FPÖ trotz arbeitnehmerfeindlicher Attacken und eindeutig neoliberalen Kurs von breiteren Arbeitnehmerschichten gewählt werden. Entsprechend sieht er auch die AfD auf dem Weg zu „einer neoliberalen rechten Massenpartei“ (S. 108), was mit völkisch-nationalem Gedankengut durchaus kompatibel sei.

Da kann man auch anderer Meinung sein; und die Frage, wie stark Arbeitnehmerschichten einem „marktförmigen Extremismus“¹ anhängen, der dann auch Sympathien für rechte Parteien fördert, ist zumindest umstritten und bislang wenig erforscht. Vieles spricht auch dafür, dass „völkischer Antikapitalismus“ und „Marktradikalismus“ weiterhin als Antipoden in der AfD wirksam sind, die Machtkämpfe zwischen den beiden Flügeln zunehmen und der sozialchauvinistische (Höcke-)Flügel an Einfluss gewinnen wird. Vor dem Hintergrund der drei Landtagswahlen 2019 in Ostdeutschland gewinnt die „soziale Frage“ an Bedeutung: Mit einer „neuen Sozialpolitik“, einem „starken Sozialstaat“, „mehr Rente für Deutsche“ und einer „Zusatzrente für Geringverdiener“ versucht der sozialchauvinistische Flügel der AfD die Erfolge im ostdeutschen Arbeitnehmermilieu auszubauen. Das war den Debatten auf dem Bundesparteitag am 30. Juni 2018 zu entnehmen. Gewinnt er damit diese Wahlen, wird sein Gewicht in der Partei zunehmen. Vielleicht unterschätzt Dietl die Bedeutung der sozialen Frage für die Entwicklung der AfD. Auch bei seiner Betrachtung anderer rechter europäischer Parteien (z. B. in Frankreich und den Niederlanden) schätzt er die Rolle der sozialen Programmatik eher geringer ein, obgleich die für ihre Erfolge in Arbeitnehmerschichten vermutlich relevanter ist als umgekehrt deren Anfälligkeit für neoliberales Gedankengut.

In dem letzten Kapitel setzt sich Dietl mit dem Verhältnis von rechten Parteien und Gewerkschaften auseinander. Er würdigt die Gewerkschaften als „einer der wichtigsten Protagonist*innen im Kampf gegen die AfD“ (S. 109), verweist aber auch auf das Problem rechter Orientierungen in den Gewerkschaften, die in einer überproportionalen Zustimmung von Gewerkschaftsmitgliedern für die AfD ihren Ausdruck finden. Dieses Problem beschäftigt die Gewerkschaften seit mindestens 30 Jahren: 1998 reagierte

1 Zwick A. / Klein, A. (2014): Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Bonn.

der DGB mit dem Einsatz einer „Kommission Rechtsextremismus“ und 2005 erschütterten die Ergebnisse einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie zum Thema „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“ die „weitverbreitete Illusion, Gewerkschafter*innen seien nicht anfällig für extrem rechtes Denken“.² Dietl nimmt in seiner Frage nach den Ursachen die Ergebnisse von beiden Studie auf: aus dem Kommissionsbericht die Kritik an den Grundprämissen der Gewerkschaftspolitik: Standortnationalismus, Leistungsprinzip und Nützlichkeitsprinzip und aus der HBS-Studie die These einer besonders anfälligen „gewerkschaftlichen Mittelschicht“. Er sieht in der klassischen Gewerkschaftspolitik selbst Anknüpfungspunkte für rechte Denkweisen: Neben dem Standortnationalismus sind dies die massiven Ängste vor dem sozialen Abstieg bei den Facharbeiterinnen, Facharbeitern und Angestellten. Hinzu kommt aus seiner Sicht, dass die Gewerkschaften sich selbst „als Mitgestalter des Sozialabbaus und des Umbaus des Arbeitsmarktes betätigt“ hätten und so als Teil des Establishments wahrgenommen würden.

In Dietls „Plädoyer für eine neue gewerkschaftliche Strategie gegen die AfD“ (S.127) steht deswegen – neben der Fortsetzung der Aufklärungsarbeit, erhöhtem politischem Schulungsangebot und einem offensiverem Umgang mit der AfD – die Forderung nach einem grundsätzlichem „Umdenken in den Gewerkschaften“ im Mittelpunkt. Dieses müsste sich auf „die Überwindung von Sozialpartnerschaft, Korporatismus und Standortnationalismus“ richten (S.131). In der Loslösung von dieser bisherigen Ausrichtung sieht Dietl die einzige erfolgversprechende Strategie im Kampf gegen Rechts und die Chance, zu einer „ernsthaften Gegenmacht und einer politischen Interessenvertretung für die Arbeitenden zu werden“. (S.137) Bei dieser Neuausrichtung stehe jedoch „eine gewerkschaftliche Grundprämisse im Weg, die zugleich wichtigster Anknüpfungspunkt für extrem rechtes Gedankengut bietet: der auch in den Gewerkschaften vorherrschende Standortnationalismus.“ (ebd.) Der Kampf für einen starken Wirtschaftsstandort Deutschland, wie er auch von Teilen der Gewerkschaften propagiert werde, biete ein Einfallstor für rechte Propaganda. Dietl bezieht sich dabei vor allem auf die Studie von Fichter et al. und deren Kritik an einer „nationalistischen Kapitalismuskritik“, die von den Gewerkschaften gegen die Auswüchse des Finanzkapitalismus in Stellung gebracht wurde. Er wendet sich gegen das Denken in den Kategorien der internationalen Staatenkonkurrenz, das „ein glaubwürdiges Eintre-

ten gegen den von der AfD propagierten Rassismus und Nationalismus“ (S.142) verhindert. „Dem europa- und weltweiten Aufstieg nationalistischer, reaktionärer und extrem rechter Parteien und Bewegungen“ könne, so Dietl, nur durch „eine internationalistische, organisierte Gegenmacht begegnet werden“ (S.143).

Dietl bezieht in seine Kritik auch linke Positionen ein, denen er eine „stereotyp verkürzte Kritik am Kapitalismus“, einen „ressentimentgeladenen Antiamerikanismus“ oder einen „ausgeprägten Staatsfetischismus“ vorwirft, die Anknüpfungspunkte für rechte, reaktionäre Deutungsmuster liefern. Damit positioniert sich Dietl auch deutlich in der aktuellen innerlinken Debatte zur Migrationspolitik.

In den Gewerkschaften dürfte Dietl mit seiner Analyse und seinen weitreichenden Forderungen nach einer politischen Neuausrichtung nicht immer auf Zustimmung stoßen. Andererseits verlangen die Erfolge der AfD im Arbeitermilieu und auch bei Gewerkschaftsmitgliedern eine Erklärung und entsprechende Antworten. Dabei auch gewerkschaftspolitische Strategien zu hinterfragen, ist ein wichtiger Beitrag zur Diskussion in den Gewerkschaften.

Wir haben in unserer aktuellen Studie zu „Gewerkschaften und Rechtspopulismus“³ von den befragten Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen auch die Forderung vernommen, dass die Gewerkschaften umdenken und sich neu orientieren müssten. Allerdings bezog sich das auf Defizite in den arbeitspolitischen Strategien: Weder auf die Sicherheit des Arbeitsplatzes noch auf die Leistungsbedingungen des Großteils der Beschäftigten hätten Gewerkschaften noch nachhaltigen Einfluss. Mit dem traditionellen gewerkschaftlichen Instrumentarium könne nicht mehr hinreichend auf die Erfahrungen des Abstiegs, der Abwertung, des Kontrollverlusts sowie auf die wachsenden Zukunftsängste der abhängig Beschäftigten reagiert werden. Die neue Rechte greift die Proteste gegen Abstiegs- und Zukunftsängste auf und kann die Unzufriedenheit und Wut in Teilen für sich mobilisieren. Und dies wird ihr noch mehr gelingen, wenn sie die soziale Frage noch stärker ins Zentrum ihrer Politik stellt – ein Punkt, den Dietl in seiner Analyse vernachlässigt. ■

DIETER SAUER, MÜNCHEN

2 Fichter, M./ Gester, J./ Kreis, J./ Stöss, R./ Zeuner, B. (2007): Gewerkschaften und Rechtsextremismus: Anregungen für die Bildungsarbeit und die politische Selbstverständigung der deutschen Gewerkschaften, Münster, S. 119.

3 Sauer, D./ Stöger, U./ Bischoff, J./ Detje, R./ Müller, B. (2018): Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg.